

Rede am Kreuz, 20. Juli 2007

Dr. Uwe Neumärker

Liebe Frau von Trott zu Solz, liebe Mitglieder der Familie,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

als ich vor einigen Monaten gefragt wurde, ob ich die diesjährige Rede am Kreuz halten würde, habe ich ohne zu zögern zugesagt. Dann begann ich nachzudenken, was ich – als gebürtiger DDR-Bürger des Jahrgangs 1970 – zu diesem Thema sagen könnte. Der heutige 20. Juli ist der nationale Gedenktag an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft: Wir gedenken der mutigen Frauen und Männer, deren Kampf gegen die Diktatur im 20. Juli 1944 gipfelte und von denen nicht wenige ihr Leben für ein anderes Deutschland ließen. Wir wollen ihr Andenken ehren.

Doch zugleich müssen wir uns heute immer wieder fragen, was dieser Tag und ihre Tat für uns bedeuten. Sie haben mich als Leiter unserer nationalen Holocaust-Gedenkstätte in Berlin eingeladen – des Denkmals für die ermordeten Juden Europas. Die Debatte um den Bau dieses Zeichens war auch eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über den Umgang mit den zwölf dunkelsten Jahren der deutschen Geschichte im wiedervereinigten Deutschland. Die Frage der Bewertung des 20. Juli seit Kriegsende war ebenfalls ein schwieriger und ein langwieriger Prozess. Das Gedenken an den Widerstand im Dritten Reich ist nunmehr Teil der Erinnerung an die Schrecken der nationalsozialistischen Diktatur, des Holocaust und des Zweiten Weltkrieges. Diese Erinnerung ist zugleich eine staatliche und eine individuelle Aufgabe – eine Aufgabe des gesamten deutschen Volkes.

Jedwedes Leid in Folge von Unrecht ist ernst zu nehmen und muß seinen berechtigten Platz in unserer Erinnerungskultur haben. Dies gilt für beide Diktaturen auf deutschem Boden im 20. Jahrhundert. Ursache und Wirkung dürfen wir darüber allerdings nicht vergessen und sind gefordert, entsprechend zu gewichten und zu akzentuieren. Und aktuelle Debatten – in Deutschland, aber auch in unseren Nachbarländern – zeigen, wie schwierig die Auseinandersetzung und der Umgang mit der komplexen Geschichte zwischen 1933 und 1945 und ihren Folgen noch immer ist – ja, in die Gegenwart hineinragt, – und wie notwendig die Diskussion um ein gleichberechtigtes Nebeneinander der Erinnerungen weiterhin bleibt.

Mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten 1990 mußte das neue Deutschland nicht nur seinen Platz in Europa und der Welt neu definieren, ebenso galt es, eine Erinnerungskultur und Gedenkpolitik zu beschreiten, die der Komplexität unserer Geschichte im 20. Jahrhundert und zugleich der Entwicklungen in Ost wie West seit 1945 Rechnung trug. Die Bewertung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus ist ein Paradebeispiel für den sehr unterschiedlichen Umgang mit Geschichte bzw. verschiedene Erinnerungstraditionen in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik.

Bis zuletzt war der nicht-kommunistische, und hier insbesondere der bürgerlich-aristokratische Widerstand ein Stiefkind der Geschichtsforschung der DDR. Er war mit dem vermeintlichen Makel behaftet, nicht die Freiheit der Arbeiterschaft zum Ziel gehabt zu haben – wie sie der reale Sozialismus angeblich bot –, sondern den Erhalt der kapitalistischen bzw. imperialistischen »Klassengesellschaft«. Für die DDR als dem selbsternannten antifaschistischen deutschen Nachkriegsstaat, in dem die Mauer offiziell ja »antifaschistischer Schutzwall« hieß, galten der illegale Widerstand der KPD und ihr

Führer Ernst Thälmann als Leitbild. In der späten DDR sah man im 20. Juli 1944 schließlich einen patriotischen Akt »in bester Absicht«, dem ein »ehrvoller Platz in der Geschichte des antifaschistischen deutschen Widerstandskampfes« gebühre. Doch ohne »Massenbasis«, wie es damals hieß, mußte er erfolglos bleiben. Daß ein solcher Rückhalt auch den Kommunisten fehlte, verschwieg man bewußt. Auch wenn der 20. Juli 1944 bis zum Herbst 1989 im allgemeinen Widerstandspanorama der DDR endgültig angekommen war, blieb er darin einer von vielen und keiner von entscheidender Bedeutung. Dieses Privileg kam fast ausschließlich der illegalen KPD zu. Soweit die staatliche Sicht.

In der alten Bundesrepublik erfolgte die Erinnerung an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus unter umgekehrten Vorzeichen: Insbesondere Marion Gräfin Dönhoff begann gleich nach Kriegsende, dem 20. Juli publizistisch Anerkennung widerfahren zu lassen. Allerdings habe sich nicht eine kleine Gruppe, also eine Elite, den Sturz des Diktators zur Aufgabe gemacht, sondern – so Dönhoff 1945 – »die besten Männer aller Bevölkerungsschichten, die letzten positiven Kräfte eines völlig ausgebluteten Volkes«. Die Verschwörer waren die Helden des Kampfes gegen Hitler. Andere Formen und Kreise des Widerstandes – vielleicht mit Ausnahme der »Weißen Rose« – blieben weitgehend unberücksichtigt. Eine breitere Rezeption fiel auch der ideologischen Konfrontation im Kalten Krieg zum Opfer. Dennoch: Der 20. Juli 1944 als mutige Gewissenentscheidung gegen den Tyrannen war die wohl schwierigste, insbesondere für die auf Hitler, auf unbedingten Gehorsam und auf Pflichterfüllung eingeschworenen Offiziere. Dönhoff kämpfte mit ihrer Überzeugung insbesondere in den 1950er und 1960er Jahren gegen die Ächtung des 20. Juli und die weitverbreitete Auffassung, daß die Militäropposition ein »ungeheures Maß an Schuld« auf sich geladen habe und durch ihre »Verratshandlungen« das Blut deutscher Soldaten »unnützlich und unschuldig ... geflossen« sei – so die Lüneburger Staatsanwaltschaft in ihrer Einschätzung des Attentats im Jahre 1951. Zugleich kämpfte Dönhoff gegen das Schweigen und das Verdrängen. Über die folgenden Jahrzehnte allerdings prägte Dönhoffs Blick auf das Attentat Stauffenbergs das Bild vom Widerstand an sich in der alten Bundesrepublik.

Anfang der 1990er Jahre kulminierte der Kampf um die Erinnerung an die Gegner der nationalsozialistischen Diktatur in Ost und West dann wie ein Nachhall bei der Neugestaltung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Heutzutage geht man mit dem Kapitel Widerstand gelassener und aufgeklärter um; abgeschlossen ist seine historische Bewertung allerdings noch längst nicht. Die derzeitige Debatte um den Schauspieler Tom Cruise und seinen Film »Walküre« zeigt dies erneut. Sie ist allerdings eine Diskussion um die Person Claus Phillip Graf Schenck zu Stauffenberg und seine filmische Darstellung. Hinter dieser Gallionsfigur des 20. Juli 1944 verschwindet das vielfältige Spektrum der Verschwörer scheinbar einmal mehr. Allerdings halte ich es auch für sinnvoll – und sei es in einem Hollywood-Film, daß das Attentat und seine Geschichte auch in den USA und anderen Ländern bekannt wird und so das oft eindimensionale Bild des nationalsozialistischen Deutschland im Ausland um diese wichtige Facette ergänzt wird. Es gab eben neben Opfern und Tätern auch mutige Widerstandskämpfer.

Die Erinnerung an das 20. Jahrhundert – an Widerstand oder Holocaust – ist im 21. Jahrhundert immer mehr eine Erinnerung ohne Zeitzeugen, sie kann und muß über die Biographien Einzelner oder anhand von Familiengeschichten vermittelt werden, wie wir es auch in der Ausstellung im Ort der Information unter dem Stelenfeld tun. Gerade bei einer Darstellung des 20. Juli 1944 sollte jedoch keine Heldengeschichtsschreibung im Mittelpunkt stehen, keine Schwarzweißmalerei, sondern auch die Grauzonen. Neben den mutigen Leistungen muß die Widersprüchlichkeit, müssen die Irrungen und Brüche deutlich werden – eine Herausforderung, die schmerzhaft ist. Und es wäre an der Zeit,

auch Stauffenbergs Mitstreiter mehr zu würdigen – etwa den erklärten und überzeugten Demokraten Adam von Trott zu Solz, dessen Geschichte weniger bekannt und weniger medienwirksam ist.

Adam von Trott zu Solz – den wir hier ehren – war kein Soldat. Seine weltläufige Biographie ist in vielerlei Hinsicht untypisch für die Attentäter. Denn für die meisten der adligen Beteiligten war der 20. Juli ein »Aufstand des schlechten Gewissens«, um Stephan Malinowski aus seiner Studie »Vom König zum Führer. Deutscher Adel und Nationalsozialismus« zu zitieren. Der Hinweis auf den hohen Blutzoll des Adels im Sommer 1944 und seine Zugehörigkeit zum »besseren Deutschland«, wie ihn Gräfin Dönhoff stets betonte, sollte auch dem Vorwurf begegnen, daß gerade dieser Adel mit zu den Totengräbern der Weimarer Republik gehörte. Fast ausnahmslos alle Adligen und Militärs begrüßten nämlich die Machtergreifung der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 und das Ende der Demokratie. Nicht wenige der späteren Verschwörer beteiligten sich am Sturz der ersten deutschen Demokratie, an der nationalsozialistischen Expansionspolitik und ab September 1939 am Krieg. Erst allmählich und aufgrund eigener Anschauung nahmen einige wenige – denn sie waren eine vergleichsweise kleine Gruppe in Armee und Verwaltung – innerlich Abstand zum Regime und fanden im Kampf für ein anderes Deutschland zueinander.

Im Gegensatz zu ihnen stand Adam von Trott zu Solz dem Regime von Anfang an ablehnend gegenüber. Er – der 1931 über »Hegels Staatsphilosophie und das internationale Recht« promoviert und in Oxford studiert hatte – kehrte erst 1933 nach Deutschland zurück. Trott bezeichnete bereits die Machtergreifung der Nationalsozialisten als »schreckliches Unglück«. Er knüpfte und pflegte von Anfang an Kontakte zu verschiedensten Regimegegnern, darunter sozialdemokratischen Widerstandsgruppen, ab 1939 auch zu hohen Militärs und Mitarbeitern im Auswärtigen Amt, wo er tätig war. Dies war der Grund für seinen Eintritt in die NSDAP 1940, der lediglich der Tarnung diente. Ab 1941 gehörte Trott zum inneren Zirkel des von Peter Graf Yorck von Wartenburg gemeinsam mit Helmuth James Graf von Moltke initiierten Kreisauer Kreises. Die Gruppe beschäftigte sich vor allem mit der staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung Deutschlands nach dem Sturz der Braunen Diktatur. Das Kastendenken des deutschen Adels war Trotts Sache nie gewesen. Ohnehin dachte er europäisch und gehörte zu den ausdrücklichen Befürwortern einer europäischen Föderation. Seine Rolle bei der Formulierung der europäischen und internationalen Dimension der Kreisauer Pläne ist bislang noch immer nicht ausreichend gewürdigt worden. 1943 lernte Trott Stauffenberg kennen und beteiligte sich an den Vorbereitungen für das Attentat auf Hitler. Trotts Bemühungen, über Kontakte in das Ausland Anerkennung für die Neuordnungspläne und den Widerstand zu erlangen, scheiterten – wie der Staatsstreich am 20. Juli 1944 selbst. Wenige Tage danach wurde Trott verhaftet, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 26. August 1944 hingerichtet. Trott war mutig und standhaft, aber es liegt mir fern, ihn als Lichtgestalt dieses Widerstands gegen seine Mitstreiter auszuspielen. Mir geht es um eine differenzierte und historisch ausgewogene Bewertung des Attentats und seiner Protagonisten – für sich, aber auch im Rahmen aller Widerstandsaktivitäten gegen das nationalsozialistische Terrorregime von deutscher und ausländischer Seite. Es geht mir um die Bandbreite des Widerstandes vom 20. Juli und des Widerstandes überhaupt.

Der 20. Juli 1944 wurde als prominentester und spektakulärster Ausdruck des Widerstandes zum nationalen Gedenktag erklärt. Dies ist nachvollziehbar! Es stellt sich allerdings die Frage, inwiefern er als solch ein Symbol für die gesamte Bandbreite des politisch, religiös und ethisch motivierten Widerstandes gelten kann und vor allem soll. Er ist in seiner Funktion dem 27. Januar als nationalem Holocaustgedenktag vergleichbar.

Und so ehren wir heute nicht nur die mutigen Frauen und Männer des 20. Juli, sondern alle diejenigen, die sich aufrechten Hauptes gegen das nationalsozialistische Regime aufgelehnt haben. Hierzu zähle ich vor allem die sogenannten stillen Helden; einfache Menschen, die weit weniger prominent und weit weniger spektakulär ihrem Gewissen gefolgt sind. Vor allem sie bieten Anknüpfungspunkte für die Gegenwart.

In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf, was der 20. Juli 1944, Adam von Trott zu Solz und sein Handeln für uns heute bedeuten. Vor allem eines: Selbst unter einer verbrecherischen Diktatur haben Menschen das Nein gewagt. Sie wußten, daß ihr Handeln tödliche Folgen haben und unbeachtet bleiben konnte. Dennoch waren sie ihrem Gewissen verpflichtet und haben gehandelt – gegen Ausgrenzung, Willkür und die Verletzung elementarer Menschenrechte. Mehr von solchem Mut wünsche ich mir für die Gegenwart – im Alltag, wenn es um den Kampf gegen die Ausgrenzung von Minderheiten geht; mehr Mut im konsequenten Engagement für Demokratie und für Rechtsstaatlichkeit, oder gegen Rechtsextremismus und Gewalt, aber auch als Opposition gegen bestehende Diktaturen oder autoritäre Anwandlungen selbst in europäischen Ländern. Dies ist eine individuelle, aber auch eine staatliche Aufgabe.

Wir sollten uns auch bewusst sein, dass Erinnerung nur wachgehalten werden kann, wenn historisches Wissen vorhanden ist. Es sollte vor allem um sachliche Aufklärung über die komplexe deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts in all ihren Facetten gehen: von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft über Flucht und Vertreibung sowie den sowjetischen Terror nach dem Zweiten Weltkrieg, bis zu jenen realsozialistischen Diktaturen, die erst 1989/90 ein Ende fanden: Also um ein Miteinander der Erinnerungen und kein Gegeneinander und eine kritische Auseinandersetzung, ohne aufzurechnen. Dies für Deutschland zu leisten, wäre ein Erfolg. Von einer europäischen Perspektive noch ganz zu schweigen.

Erinnerung und Gedenken – hier am Kreuz für Adam von Trott zu Solz und anderswo – bilden das Fundament unserer Gegenwart, aber vor allem sollten sie für die Zukunft verpflichtend sein.

Ich danke Ihnen!

Dr. Uwe Neumärker wurde 1970 in Berlin-Mitte geboren. Er studierte in Berlin und Moskau Slawistik, Germanistik und Geschichte. 1997/98 arbeitete er im Ch. Links Verlag, Berlin, in den Bereichen Konzeption, Lektorat sowie Öffentlichkeitsarbeit und veröffentlichte 1999 das Buch »Wolfsschanze. Hitlers Machtzentrale im Zweiten Weltkrieg«. In den Jahren 2000 und 2001 war er als Kulturmanager des Instituts für Auslandsbeziehungen Stuttgart für die deutsche Minderheit im Memelland (Litauen) tätig. Im März 2002 wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, übernahm im Herbst 2003 auch deren Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Seit September 2005 ist Uwe Neumärker Geschäftsführer der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas.